



## POLITISCHER BERICHT SLOWAKEI

Oktober 2003

### ÜBERSICHT

- **Geheimdienstaffären und Verschwörungstheorien sorgen weiter für Verunsicherung**
- **Neuer Verteidigungsminister**
- **Ungarische Minderheit erhält eigene Universität**
- **Slowakische Sozial- und Steuer - "Revolution" wird zum Vorbild für Nachbarländer**
- **Wählerpräferenzen für die Wahl des Staatspräsidenten**
- **Umfragewerte der wichtigsten Parteien**
- **Info-Mail**

### **Geheimdienstaffären und Verschwörungstheorien sorgen weiter für Verunsicherung**

Nach einem langen Machtkampf (siehe Bericht vom September) gelang es Premierminister Mikuláš Dzurinda Anfang Oktober im zweiten Anlauf, Ján Mojžiš als Chef des "Nationalen Sicherheitsamtes" (NBÚ) abzusetzen. Im Zuge einer undurchsichtigen Geheimdienstaffäre hatten sich Dzurinda und Mojžiš gegenseitig den Missbrauch von Geheimdienstinformationen vorgeworfen, ohne jeweils eindeutige Beweise vorlegen zu können. Dzurinda bezeichnete Mojžiš wiederholt

als Kopf eines „Grüppchens“, das systematisch den Geheimdienst SIS und die von Dzurinda geführte größte Regierungspartei "Slowakische Demokratische und Christliche Union" (SDKÚ) international zu diffamieren versuche, um eigene, vor allem wirtschaftliche, Interessen durchzusetzen. Der Machtkampf hatte bereits große internationale Wellen geschlagen: Das angesehene britische Magazin "Janes Intelligence Digest" verbreitet sogar ein - später offiziell dementiertes - Gerücht, der scheidende Nato-Chef George Robertson habe die Blockade des slowakischen Nato-Beitritts verlangt. Das Scheitern von Dzurindas erstem Versuch zur Absetzung von Mojžiš Anfang September hatte zur Absetzung von Verteidigungsminister Ivan Šimko geführt. Šimko hatte sich nämlich ebenso wie zwei der vier Koalitionsparteien der Absetzung des NBÚ-Chefs widersetzt. Šimkos Entlassung und der Eintritt des ehemaligen Medienmagnaten Pavol Rusko als Wirtschaftsminister in die Regierung sicherten Dzurinda dann aber im Kabinett eine knappe Mehrheit für seinen umstrittenen Schritt. Rusko ist Parteichef der liberalen „Allianz des Neuen Bürgers" (ANO). Er folgte als Wirtschaftsminister erst Ende September einem parteiinternen Rivalen, dessen Absetzung er zuvor durchgesetzt hatte. Während die ANO ebenso wie Dzurindas SDKÚ die Absetzung von NBÚ-Chef Mojžiš unterstützten, verweigerten die „Partei der Ungarischen Koalition" (SMK) und die "Christlich-Demokratische Bewegung" (KDH) erneut ihre Zustimmung. SMK-Vorsitzender Béla Bugár kritisierte nach der Abstimmung gegenüber Journalisten, Mojžiš sei „ohne Beweise" für nur angebliche Verfehlungen entlassen worden. Das Verhältnis seiner Partei zu Dzurindas SDKÚ habe sich durch die Vorgangsweise des Premiers verändert. Man werde nun „vorsichtig" im Umgang mit der SDKÚ sein, deutete Bugár sein Misstrauen gegenüber der stärksten Regierungspartei an. Zuvor hatte Bugár ebenso wie der KDH-Vorsitzende und Parlamentspräsident Pavol Hrušovský den Premier in Zusammenhang mit der Mojžiš-Affäre mehrfach scharf attackiert. Beide warfen Dzurinda u.a. vor, mit zweifelhaften Methoden eine Machtkonzentration zugunsten seiner Partei anzustreben und damit die Koalition zu gefährden.

Das „Nationale Sicherheitsamt" (NBÚ) ist zuständig für die Überprüfung der Vertrauenswürdigkeit aller Personen, die mit Nato- und Staatsgeheimnissen in Berührung kommen können. Ján Mojžiš war im Jahr 2001 von der SDKÚ nominiert

worden. Er verlor zuletzt aber das Vertrauen Dzurindas. Der Premier warf ihm öffentlich vor, dubiosen Interessengruppen zu dienen und an der Diskreditierung der SDKÚ und des slowakischen Geheimdienstes SIS, sowie der Slowakei im Allgemeinen beteiligt zu sein. Dzurinda geriet wiederum selbst in Verdacht, illegal vertrauliche Geheimdienstinformationen über Mojžiš erhalten zu haben. Im Zuge von innerparteilichen Auseinandersetzungen in der SDKÚ, vor allem aber in der ANO, hat die Mitte-Rechts-Regierung ihre Parlamentsmehrheit verloren. Nur mehr 74 statt bisher 78 Abgeordnete fühlen sich noch an Koalitionsbeschlüsse gebunden, während sich zwei entlassene Minister nach ihrer Rückkehr ins Parlament ebenso wie zwei andere Abtrünnige „nur mehr ihrem Gewissen“ verantworten wollen. Für Gesetzesbeschlüsse sind aber mindestens 76 der 150 Abgeordnetenstimmen notwendig.

Ende Oktober gab die Staatsanwaltschaft Dzurinda in einer wichtigen Detailfrage des Konflikts Recht: Sie bestätigte, dass er nicht, wie ihm vorgeworfen worden war, illegal Einsicht in den so genannten „Überprüfungsakt“ von Mojžiš genommen habe. Dzurinda habe lediglich Informationen des Geheimdienstes SIS über Mojžiš erhalten, die parallel dazu auch in den „Überprüfungsakt“ geflossen seien, erkannte die Staatsanwaltschaft. Dies aber sei keine Gesetzesverletzung. Politiker der Opposition, aber auch Innenminister Vladimír Palko (KDH) und mehrere Medien, allen voran die Tageszeitung „Sme“, kritisierten Dzurinda und Geheimdienstchef Ladislav Pittner aber auch nach der Entscheidung der Staatsanwaltschaft weiterhin wegen ihres Vorgehens.

### **Neuer Verteidigungsminister**

Auf einen Nachfolger für den abgesetzten NBÚ-Chef Ján Mojžiš konnte sich die Regierungskoalition bis Ende Oktober noch nicht einigen. Problemlos erfolgte hingegen die Nachfolgeregelung an der Spitze des Verteidigungsministeriums: Erwartungsgemäß wurde Ende September der bisherige Bürgermeister der nordwestslowakischen Stadt Trenčín, Juraj Liška, zum neuen Verteidigungsminister ernannt.

### **Ungarische Minderheit erhält eigene Universität**

Die ungarische Minderheit in der Slowakei bekommt eine eigene Universität. Das beschloss das Parlament in Bratislava am 23. Oktober mit 77 gegen 49 Stimmen. Diese Parlamentsentscheidung bildete den vorläufigen Abschluss einer seit Jahren teils sehr emotional geführten Diskussion. Seit die SMK vor fünf Jahren in die slowakische Regierung eingetreten war, hatte sie die Einrichtung einer eigenen ungarischen Universität als eines ihrer wichtigsten Ziele verfolgt. Zur ungarischen Minderheit erklärten sich bei der letzten Volkszählung im Jahr 2001 zehn Prozent der Bevölkerung der Slowakei. Die geplante Universität soll in der Grenzstadt Komarno ihren Sitz haben und im Herbst 2004 mit dem Lehrbetrieb beginnen.

Die Regierungsmehrheit unter den Abgeordneten wischte damit letzte bürokratische und politische Bedenken vom Tisch. Die als Beratungsorgan der Regierung in Universitätsfragen zuständige Akkreditierungskommission konnte sich aus formellen Gründen nicht zu einer positiven Empfehlung für die Universitätsgründung durchringen. Deshalb wurde die Kommission mit dem nunmehrigen Parlamentsbeschluss einfach übergangen, um den Start der Universität nicht noch weiter zu verzögern. Denn die ungarische Universität sei schließlich „im Regierungsprogramm vorgesehen“, erklärte Bildungsminister Martin Fronc (KDH). Gegen die neue Universität stemmte sich der Großteil der Opposition. Die „Bewegung für eine Demokratische Slowakei“ (HZDS) von Expremier Vladimír Mečiar kündigte eine Klage beim Verfassungsgericht an: Es könne nicht zulässig sein, die Kenntnis der ungarischen Sprache zur Aufnahmevoraussetzung an die neue Universität zu machen. Ungarisch werde damit als Unterrichtssprache gegenüber der offiziellen Staatssprache Slowakisch verfassungswidrig bevorzugt. Die HZDS warnte schon in der Vergangenheit mehrfach vor einer angeblich drohenden „Magyarisierung“ der Südslowakei. Die Kommunisten wiesen in der Parlamentsdebatte darauf hin, dass es „in Ungarn auch keine slowakische Universität“ gebe.

### **Slowakische Sozial- und Steuer-"Revolution" wird zum Vorbild für Nachbarländer**

Am 28. Oktober stimmte das slowakische Parlament der von Finanzminister Ivan Mikloš (SDKÚ) vorgelegten Einführung eines einheitlichen Einkommenssteuersatzes für alle Einkommensbezieher („Flat tax“) zu. Ein Teil der im Gesamtpaket zur umfangreichen Reformierung des Sozial- und Steuersystems vorgesehenen Gesetze ist bereits im Sommer verabschiedet worden. Einige Teile sind aber noch durch ein Veto von Staatspräsident Rudolf Schuster blockiert. Das Präsidentenveto kann aber von der Regierungskoalition mit einer Mehrheit von 76 der 150 Parlamentsabgeordneten überstimmt werden. Da auch die „abtrünnigen“ Abgeordneten aus dem Regierungslager und ein kleiner Teil der Opposition Ende Oktober ankündigten, für die Reformen zu stimmen, bestehen kaum mehr Zweifel, dass das nötige Quorum erreicht wird. Mit Jahresbeginn 2004 wird damit in der Slowakei nach Ansicht von Wirtschaftsexperten eine wahre „Revolution“ des Sozial- und Steuersystems stattfinden, die bereits im Voraus außergewöhnliche internationale Aufmerksamkeit erregt hat.

Die Grundphilosophie hinter dem Konzept der Mitte-Rechts-Regierung ist einfach: Wer mehr verdient, soll dafür nicht mit einem höheren Steuersatz „bestraft“ werden, und wer nicht arbeiten will, soll nicht mit Sozialhilfe zum Nichtstun ermuntert werden. Zugleich mit der Steuerreform tritt mit Anfang kommenden Jahres auch eine Neuregelung verschiedener sozialer Unterstützungen in Kraft. Beispielsweise wird die Kinderbeihilfe an die „Arbeitswilligkeit“ der Eltern geknüpft: Ein Teil der Beihilfe wird in Form eines so genannten „Aktivitätszuschusses“ zum Lohn gewährt, wenn zumindest einer der beiden Elternteile arbeitet. Anstelle einer regulären Beschäftigung werden auch die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen des Arbeitsamtes oder so genannte „gemeinnützige Arbeiten“ angerechnet. „Sozialschmarotzer“ hingegen fallen durch den Rost. „Auch noch so gering qualifizierte Tätigkeiten müssen sich mehr lohnen als das passive Warten auf soziale Unterstützungen“, formulierte Arbeits- und Sozialminister Ľudovít Kaník den Leitgedanken seiner Strategie. Kaník ist von der SDKÚ in die Regierung nominiert worden, gehört dieser Partei aber nicht an. Er ist Vorsitzender der kleinen „Demokratischen Partei“ (DS), die unmittelbar vor den Parlamentswahlen im September 2002 ihre eigene aussichtslose Kandidatur zugunsten der SDKÚ zurück zog.

Während die Gewerkschaften wenig Zulauf zu ihren Protestmaßnahmen gegen die Reformen von Mikloš und Kaník finden, überlegen immer mehr im Nachbarland Tschechien angesiedelte Firmen eine Übersiedlung in die Slowakei. Nicht nur tschechische, sondern auch westliche Medien veröffentlichten zuletzt immer wieder Berichte, in denen das ambitionöse slowakische Programm gelobt und die jeweils eigenen Regierungen vor einem Abwandern von Investoren gewarnt wurden.

### **Wählerpräferenzen für die Wahl des Staatspräsidenten**

Die Direktwahl des slowakischen Staatspräsidenten wird in zwei Durchgängen am 3. und 17. April 2004 stattfinden. Das gab Parlamentspräsident Pavol Hrušovský (KDH) Mitte Oktober nach Rücksprache mit dem amtierenden Staatsoberhaupt Rudolf Schuster bekannt. Den zweiten Durchgang bildet eine Stichwahl zwischen den beiden im ersten Durchgang erfolgreichsten Kandidaten. Formell beginnt der Präsidentschaftswahlkampf zwar erst 60 Tage vor dem ersten Wahltag. Die bisher nominierten Kandidaten haben aber längst damit begonnen, öffentlich um Unterstützung zu werben. Laut bisherigen Umfragen gilt Außenminister Eduard Kukan als Favorit für die Nachfolge des deutschstämmigen Rudolf Schuster. Er ist offizieller Kandidat der stärksten Regierungspartei SDKÚ. Wichtige Stimmen kosten könnte ihn aber eine mögliche Kandidatur von Ex-Verteidigungsminister Ivan Šimko.

An zweiter Stelle hinter Kukan liegt in allen Umfragen der umstrittene Ex-Premier Vladimír Mečiar, obwohl er bisher gegenüber der Öffentlichkeit beteuerte, dass er gar nicht kandidieren wolle. Ein eventueller direkter Konkurrent Mečiar wiederum hat bereits offiziell seine Kandidatur angekündigt: Ex-Parlamentspräsident Ivan Gašparovič, der im Sommer 2002 die Mečiar-Partei verlassen hat. Nachdem Gašparovič noch im September 2002 mit seiner eigenen Parteigründung „Bewegung für Demokratie“ (HZD) nicht einmal den Einzug über die Fünfprozenthürde ins Parlament schaffte, liegt er nun in den meisten Präsidentschaftsumfragen überraschend gut. Der derzeitige Amtsinhaber Rudolf

Schuster will zwar vorläufig eine neuerliche Kandidatur noch nicht ausschließen, Umfragen geben ihm aber kaum Chancen auf eine Wiederwahl. Schuster ist der erste direkt vom Volk gewählte Staatspräsident des Landes. Er gewann 1999 als gemeinsamer Kandidat aller vier damaligen Regierungsparteien einer breiten Rechts-Mitte-Links-Koalition unter Dzurindas Führung in der Stichwahl gegen Oppositionsführer Mečiar. Bis dahin wurde das Staatsoberhaupt wie in Tschechien vom Parlament gewählt. Kaum realistische Chancen hat der schon lange als Kandidat der KDH nominierte František Mikloško. Neben SDKÚ und KDH nominierte kürzlich auch eine dritte Regierungspartei, die liberale ANO, bereits einen eigenen Kandidaten: den Vorsitzenden der Selbstverwaltungsregion Bratislava Ľubomír Roman. Weil die zahlreichen politischen Gruppierungen der Roma-Minderheit traditionell uneinig und schlecht organisiert sind, hat der gemeinsame Kandidat von fünf Roma-Parteien, Mikuláš Horváth, ebenso wenig reale Erfolgsaussichten wie mehrere andere in der Öffentlichkeit kaum bekannte Bewerber, die ihre Kandidatur als „Parteiunabhängige“ angekündigt haben.

Die folgende Tabelle zeigt die Wählerpräferenzen der wichtigsten Präsidentschaftskandidaten laut einer Umfrage des Instituts MVK im Oktober:

Kandidat	Prozent laut Umfrage MVK
Eduard Kukan	24,8
Vladimír Mečiar	19,4
Ivan Gašparovič	12,5
Rudolf Schuster	9
Brigita Schmögnerová	8,7
Milan Čič	7,5
František Mikloško	6,4
Ľubomír Roman	6,1
Martin Bútora	5,6

### Umfragewerte der wichtigsten Parteien

Eine im Oktober durchgeführte Umfrage des zum staatlichen Statistikamt gehörenden Instituts für öffentliche Meinung (ÚVVM) ergab folgende Sympathiewerte für die wichtigsten Parteien:

Partei	Prozent
Smer	31,4
HZDS	14,7
KDH	11,8
SMK	11,5
SDKÚ	8,2
ANO	7,0
KSS	6,0
SNS	4,7
HZD	1,7
SDL'	1,0
SDA	0,9
DS	0,4
LU	0,2
Sympathie für gar keine Partei	33

### Info-Mail

Laut einer im Oktober durchgeführten Meinungsumfrage der Agentur MVK halten 66% der Bürger die einjährige Tätigkeit der zweiten Regierung von Mikuláš Dzurinda für mehr oder weniger erfolglos. 8,7 % der Bürger bewerten sie als sehr oder eher erfolgreich und für 23% liegen Erfolge und Misserfolge im Gleichgewicht. +++ Bundeskanzler Gerhard Schröder besuchte am 29. Oktober für einige Stunden auch Bratislava und traf mit Premierminister Mikuláš Dzurinda und Staatspräsident Rudolf Schuster zusammen. +++ Der tschechische



Premierminister Vladimír Špidla besuchte am Gründungstag der ersten Tschechoslowakischen Republik am 28. Oktober die Slowakei. +++ Das staatliche Meinungsforschungsinstitut ÚVVM veröffentlichte die Ergebnisse einer Umfrage zum Nato- und EU-Beitritt. Laut dieser Umfrage unterstützen 52,8% der Slowaken den Nato-Beitritt (im April 2003 waren es nur 48,3%) und mehr als 78% die EU-Mitgliedschaft.

Bratislava, den 30. Oktober 2003

Christoph Thanei